



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Die Flottenvorlage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Flottenvorlage



er Reichstag ist Ende März in die Ferien gegangen und wird erst Ende April die Arbeit wieder aufnehmen. Mit der Flottenvorlage hat er es wenig eilig gehabt, über die ersten Vorberatungen ist er nicht hinausgekommen. Trotzdem darf man wohl die Aussichten im ganzen als günstig betrachten. Wie glaubhaft versichert wird, haben die von den Staatssekretären des Auswärtigen und der Marine über die politische und die strategische Notwendigkeit der Flottenvermehrung in der Kommission abgegebenen Erklärungen auf allen Seiten einen außerordentlichen Eindruck gemacht und an der Beachtung und Dringlichkeit der Regierungsforderungen bei der großen Mehrheit der Kommissionsmitglieder in der Hauptsache keinen Zweifel bestehen lassen. Auch die finanzielle Fähigkeit des Reichs, die Kosten aufzubringen, scheint im Prinzip allseitig anerkannt zu sein.

Andererseits haben aber die Kommissionsverhandlungen und die sie ergänzenden Äußerungen tonangebender Politiker und Blätter gezeigt, daß noch recht unerquickliche Kämpfe auszufechten sein werden, bevor die Vorlage Gesetz geworden sein wird. Wenn der Kaiser in der bekannten Hamburger Rede vom 18. Oktober vorigen Jahres die Mahnung an das deutsche Volk richtete, es solle aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen, so lehrt der bisherige Verlauf der Sache, daß unsre Volksvertreter noch recht weit davon entfernt sind, dieser Mahnung Gehör zu geben. Gerade daß die Mehrheit trotz der grundsätzlichen Zustimmung die Annahme der Vorlage bis jetzt noch von sachlich ebenso unberechtigten wie unnötigen und zum Teil unmöglichen Bedingungen abhängig zu machen sucht, liefert den Beweis, daß wir in Deutschland noch immer nicht die Stufe politischer Reife und praktischer Vaterlandsliebe erreicht haben, die in England und Frankreich in ähnlichen Fällen die schnelle und fast widerspruchslöse Annahme solcher Regierungsvorlagen zur Regel macht. Wir denken dabei gar nicht einmal an die sozialdemokratische und die demokratische offen flottenfeindliche Minorität. Sie ist ein Verhängnis,

das man vorläufig hinnehmen und sich austoben lassen muß. Nur daß der hinter ihr stehenden großen Masse durch das Verhalten der Mehrheitsparteien die Erkenntnis des Spiels ihrer Führerschaft auch hier wieder erschwert wird, ist überaus traurig. Die Mehrheitsparteien hätten durch ein gutes Beispiel in der Flottenfrage gerade in dieser Beziehung sehr segensreich wirken können.

Vor allem und wohl auch mit dem meisten Schein des Rechts wird die sogenannte Deckungsfrage zu allen möglichen Ein- und Vorwänden benutzt, obwohl sie formell durch den Gesetzentwurf an sich gar nicht zur Diskussion gestellt, sondern nur in der Begründung informativ besprochen worden ist und sachlich als *cura posterior* anerkannt werden muß. Selbstverständlich wird man sich mit ihr beschäftigen, wenn es sich um die Bewilligung so großer neuer Ausgaben handelt, und deshalb war es auch in der Ordnung, daß die Frage in der Begründung eingehend erörtert worden ist. Trotzdem ist es in diesem Falle völlig verkehrt, die Bewilligung der im Novellenentwurf formulierten Forderung der verbündeten Regierungen von der vorherigen gesetzlichen Festlegung der Deckungsmittel abhängig zu machen, und man wird den Parteien, die das thun, nicht den Vorwurf unsachlicher Behandlung einer so ernstlichen und dringlichen Sache ersparen können.

Hat man grundsätzlich die politische und strategische Notwendigkeit der Flottenvermehrung, wie der Entwurf sie vorschlägt, anerkannt, so muß einem doch auch klar geworden sein, daß einerseits das zu erstrebende Ziel so schnell als irgend möglich erreicht werden muß, daß es aber andererseits nur in einem verhältnismäßig langen Zeitraum erreicht werden kann. Daraus ergibt sich für die Deckungsfrage in diesem Falle die Notwendigkeit einer besondern Behandlung. Ihre endgiltige gesetzliche Lösung, noch ehe man den Weg zu dem beschlossenen Ziel betritt, wird dadurch bis zur Unmöglichkeit erschwert, und wenn man hierauf besteht, wird die Gefahr heraufbeschworen, daß sich die Verhandlungen, ganz abgesehen von dem Ziel selbst — worum es sich doch in der Vorlage allein handelt, und worüber in der Hauptsache Einigkeit herrscht —, in die unfruchtbarsten und geradezu endlose Disputationen über alle möglichen und unmöglichen Voraussetzungen, Vermutungen, Schätzungen, Prinzipien- und Doktorfragen verlieren. Schon die Thatsache, daß die ordentlichen Reichseinnahmen in der Hauptsache auf den finanziellen Erträgen von Zöllen, und zwar von Schutzzöllen beruhen, und wir unmittelbar vor einer Neuregelung der Zoll- und Handelsvertragspolitik stehen, erschwert eine erschöpfende Lösung der Deckungsfrage vor dem Beginn der Flottenvermehrung bis zur Unmöglichkeit. Mag man auf einem mehr freihändlerischen oder auf einem mehr schutzzöllnerischen Standpunkt stehen, mag man durch Herabsetzung der Zollsätze die Einfuhr fremder Waren erleichtern, oder durch Zollerhöhungen sie unterbinden wollen, immer wird man mit Änderungen in den finanziellen Erträgnissen rechnen müssen und gut thun, sich nicht durch Fundierung großer neuer Reichsausgaben auf die Zolleinnahmen die Hände allzu sehr zu binden. Dazu kommt doch auch die Möglichkeit einer unerwarteten Steigerung unerlässlicher ander-

weittiger Reichsausgaben im Laufe einer so langen Zeit, wie die, um die es sich hier auch im günstigsten Falle handelt. Jedenfalls ist man vorläufig vollständig im unklaren darüber, wie viel man etwa durch neue Steuern und dergleichen wird aufbringen müssen, und wieviel man aus den laufenden Einnahmen wird decken können.

In gerechter Würdigung dieser Sachlage haben die verbündeten Regierungen darauf verzichtet, die Festsetzung einer bestimmten Frist, in der das Ziel erreicht werden müßte, im Gesetz zu verlangen oder auch nur eine jährliche Minimalbausumme zu fordern. Sie haben nur das Ziel selbst so klar und bestimmt, als das heute möglich ist, bezeichnet und seine gesetzliche Anerkennung erbeten, dabei die heute immer nur annähernd schätzbaren Gesamtkosten informativ angegeben, aber dem Reichstag die Bereitstellung der Geldmittel zur alljährlichen etatsmäßigen Bewilligung überlassen. Es ist ja, wenn die Vorlage unverändert Gesetz wird, nicht ausgeschlossen, daß ein oder mehrere Jahre lang gar keine Gelder für die Flottenvermehrung aufgewandt werden, und daß statt einer zwanzigjährigen Frist eine dreißigjährige herauskommt, ehe das Ziel erreicht ist. Freilich ist andererseits auch die Möglichkeit offen gehalten, daß je nach der Dringlichkeit der Flottenvermehrung und je nach dem Stande der Reichsfinanzen sowie nach Lage der technischen Einrichtungen weit schneller, als in der Begründung der Novelle vorläufig und schätzungsweise angenommen ist, dem Ziele zugestrebt wird. Diese so überaus weitgehende Wahrung des Rechts für den Reichstag, die Ausgaben für die Flottenvermehrung Jahr für Jahr mit den ordentlichen Einnahmen und sonstigen Ausgaben des Reichs im Einklang zu erhalten und jedem Draufloswirtschaften aus Anleihen vorzubeugen, muß doch in Betracht gezogen werden, wenn man die behauptete Dringlichkeit der Deckungsfrage richtig beurteilen will. Das ganze bisherige Herumreiten auf dieser Frage erscheint bei rechter Beleuchtung als eine parlamentarische Pose ohne jede praktische Berechtigung und Wahrhaftigkeit, und die klaren Köpfe in der Reichstagsmehrheit, die diese Pose einnehmen, sollen sich nicht beklagen, wenn man ihnen dieses Verhalten im besten Falle als Eigensinn, vielleicht aber auch als Absicht auslegt, die vorn für notwendig und dringlich anerkannte Flottenvermehrung hinten herum zu Fall zu bringen oder doch im Parteiinteresse die Bewilligung zu verschleppen und zu erschweren.

Ganz besonders unverständlich ist es, wenn sich ernsthafte Politiker, die die Berechtigung der Regierungsforderung in der Hauptsache anerkennen, in der Erklärung gefallen: Für Anleihen sind wir unter keinen Umständen zu haben! Was soll denn das heißen? Auch wenn man der Ansicht ist, daß die Kosten der Flottenvermehrung nicht einmal zum Teil auf die spätern Generationen, in deren Interesse wir die Weltmacht Deutschlands jetzt fest begründen müssen, abgewälzt werden darf, und auch wenn man die Schuldenlast des Reichs jetzt schon für bedenklich hält, hat diese Erklärung gar keinen Sinn. Den Wählermassen draußen mag sie ja imponieren, aber die Auguren im Reichstag können doch nur darüber lachen. Ohne vorläufige Verwendung von Anleihegeldern,

das wissen sie genau, geht es überhaupt nicht, und jeder vernünftige Mensch im Reich müßte, wenn er die Sache nur ernsthaft überlegt, den schließlich für toll halten, der das verbieten, der einer solchen Schrulle wegen die Flottenvermehrung, die er für dringlich hält, ablehnen oder verschleppen wollte. Fürchtet man, daß die jetzt laufenden Einnahmequellen des Reichs in Zukunft so wenig ergiebig sein werden, daß die Reichsschulden in bedenklichem Maße durch die Ausführung der Novelle anwachsen könnten, so hat es der Reichstag doch jederzeit in der Hand, die Bewilligung der weiteren Bauraten von einer gesteigerten Schuldentilgung abhängig zu machen und dazu, wenn nötig, neue Einnahmequellen zu erschließen oder auf ihre Erschließung zu dringen.

Und was kann denn mit dem überhasteten Suchen nach neuen Steuern für jetzt erreicht werden? Die eine Steuer ist dem, die andre jenem nicht recht; jedenfalls ist zu erwarten, daß Einigkeit innerhalb der Reichstagsmehrheit und mit den verbündeten Regierungen im Laufe des Jahres höchstens über einige wenige neue, unbedeutende Steuern zu erzielen sein wird, deren Ertrag im Vergleich mit den Jahresausgaben für eine Flottenvermehrung, die dem dringenden Zweck entspräche, viel zu klein wäre. Wir neigen unsrerseits zu der Ansicht hin, daß es in der That bei der Annahme und der Durchführung der Flottennovelle erwünscht sein wird, rechtzeitig auf die Eröffnung neuer Einnahmequellen für das Reich bedacht zu sein. Die vorläufige Schätzung der Gesetzesmotive, daß sich der größte Teil der außerordentlichen und alle erhöhten ordentlichen Ausgaben durch die wachsenden ordentlichen Einnahmen würden decken lassen, ist sicher zu optimistisch, und die Regierung hat vielleicht durch diese optimistische Berechnung zum Teil den unnötigen Lärm über die Deckungsfrage verschuldet. Aber die rechte Zeit zu der Reichssteuerreform, die wir dringend zur Vermeidung einer ungesunden Anleihewirtschaft wünschen, ist sicher nicht die Gegenwart, diese durch die Dringlichkeit der Flottenvermehrung sehr engbegrenzte Gegenwart, auch nicht einmal die Zeit bis zur Neuregelung unsrer Zollpolitik nach Ablauf der Handelsverträge. Reichssteuerreformen sind durchweg viel schwieriger und komplizierter als Staatssteuerreformen. Wie will man in wenig Wochen oder Monaten die Vorarbeiten für wirklich größere Erträge versprechende Reichssteuern erledigen? Werden der Reichstag und der Bundesrat blind auf irgendwelche neue, bedeutzamere Vorlagen eingehn? Die Erfahrungen sprechen für das Gegentheil. Theoretisch scheint uns vielleicht eine Reichserbschaftssteuer besonders schön, aber ihre schnelle praktische Durchführbarkeit ist doch sehr zweifelhaft. Ebenso stehts mit der uns im Prinzip sympathischen, jüngst von Mayr genannten Erhöhung der Steuern auf Bier und Cigarren. So aus dem Handgelenk solche Abgaben zu verfügen ist aber ganz unmöglich. Will die erleuchtete Reichstagsmehrheit durchaus, daß ihr nach den Osterferien die verbündeten Regierungen mit etwas plundrigem Stück- und Flickwerk von Steuerprojekten aufwarte, nun dann mache man ihr das kindliche Vergnügen! Aber die Deckungsfrage wird damit nicht gelöst werden. Die ganze Vorlage kann nicht zu stande kommen, wenn man nicht vorläufig,

vielleicht auf vier und fünf Jahre, recht kräftig Anleihen zu Hilfe nimmt. Ist das etwa ein Unglück? Ist dagegen auch nur das Geringste einzuwenden, wenn man die Flottenvermehrung selbst für notwendig und dringlich erklärt? Es gab früher im Reichstag, vielleicht auch in den Regierungen Finanz- und Steuerpolitiker, die ihr wissenschaftliches Urteil oder Vorurteil über die *salus publica* setzten, wenn es sich um die Gewinnung von Deckungsmitteln für die dringendsten Staatsausgaben handelte. Die Sorte ist jetzt ausgestorben. Die eigensinnigen Deckungspolitiker der heutigen Reichstagsmehrheit sind über solche Prinzipienreiterei weit erhaben, für sie kommt nur noch das Parteiinteresse in Betracht und der Eindruck auf den großen Haufen der Wähler, die sie an sich zu fetten und zu vermehren als die höchste Aufgabe ansehen.

Man thut sich auch viel auf die Phrase zu gute: Die schwachen Schultern dürfen nicht belastet werden! Das will sicher niemand. Aber wer sich nur etwas um Finanz- und Steuerpolitik gekümmert hat, weiß auch, daß bei Steuern, die etwas ordentliches abwerfen sollen, die Schonung der schwachen Schultern sehr leicht beim besten Willen nicht erreicht werden kann, zumal wo es sich um Zölle und indirekte Steuern handelt, auf die das Reich zuerst angewiesen ist. Gerade die Rücksicht auf die schwachen Schultern warnt vor der voreiligen, leichtfertigen Schaffung neuer ergiebiger Einnahmequellen für das Reich und verlangt eine in allen Konsequenzen durchgeprüfte Reichsteuereform, wobei natürlich immer wieder die zukünftige Gestaltung der Schutzollpolitik in Betracht zu ziehen ist. Und wenn es dazu kommt, werden die von dem großen Haufen abhängigen Politiker wahrscheinlich über das, was unter den schwachen Schultern gemeint ist, recht verschiedener Meinung sein. Sind es die gutgelohnten Industriearbeiter oder die notleidenden Grundbesitzer? Was die Erbschaftsteuer anlangt, sind ja schon die Landwirte für die Schwachen erklärt worden.

Fast noch beliebter und sicher noch weit verwirrender ist das Schlagwort: Wer den Vorteil hat, soll auch die Kosten tragen! Man will bei der Flottenvermehrung das deutsche Volk in Seeinteressenten und Nichtseeinteressenten einteilen, nach dem Beruf, dem Erwerbszweig, auch nach dem Wohnort und nach Gott weiß was für andern Merkmalen. Wir können nicht leugnen, daß die bisherige Agitation für die Flottenvorlage viel zum Überhandnehmen dieser ganz und gar unrichtigen Anschauung beigetragen hat. Wir wollen darauf hier nicht weiter eingehn, auch über den Begriff und das Wesen der Weltpolitik, zu der das Reich überzugehen gezwungen ist, wollen wir jedem seine mehr oder weniger klaren Vorstellungen unangetastet lassen. Worum es sich jetzt handelt, ist einfach der Bau einer Flotte, die stark genug ist, das Deutsche Reich zu schützen und es vor dem Rückfall in die jämmerliche Schwäche zu bewahren, die der Welt jahrhundertlang erlaubt hat, aus der deutschen Haut Riemen zu schneiden, wie es ihr paßte. Der Wandel der Zeiten, der sich jetzt unheimlich schnell vollzieht, hat es zu wege gebracht, daß ohne eine starke Flotte ein starkes Landheer das Reich nicht vor einem solchen Rückfall bewahren kann, und die Zeichen der Zeit haben in den letzten Jahren jedem ehr-

lichen Vaterlandsfreunde die Augen dafür geöffnet. Auch der Mehrheit des Reichstags, oder doch vorläufig seiner Budgetkommission, wie man versichert, und wie wir nur zu gern glauben möchten. Die Wehrkraft des Reichs gilt es aufrecht zu erhalten zum Schutz des ganzen Vaterlands in allen seinen Gauen und des ganzen Volks in allen seinen Ständen und Schichten. Da darf von keiner Einteilung und Sonderung nach der Örtlichkeit und nach dem Beruf die Rede sein, da ist keine Unterscheidung von Landinteressenten und Seeinteressenten berechtigt, wie sie die frühern Jahrhunderte dem deutschen Namen zur Schmach und der deutschen Nation in allen Gliedern zum furchtbaren Schaden erlebt haben. Wer heute die starke Flotte nicht will, der will ein schwaches, ohnmächtiges Reich, ganz ebenso wie der, der kein starkes Heer will. Deshalb mache man sich endlich bei der Behandlung der Deckungsfrage von dem Unsinn der Seeinteressen und der Landinteressen frei. Am rechten Ort mag man den Unterschied geltend machen, aber nicht wo es sich um die eine, unteilbare große Aufgabe handelt, Deutschlands Wehrkraft auf der Höhe zu erhalten, die zur Wahrung unsrer unteilbaren nationalen Interessen nicht entbehrt werden kann. Die Verteidigung des Ganzen gilt es, nicht Eroberungen und Profite zu Gunsten einzelner.

Damit haben wir uns schon einer weitem Frage, die nächst der leidigen Deckungsfrage die glatte Bewilligung der Flottenvermehrung durch die Reichstagsmehrheit stören will, genähert, der Kompensationsfrage, wie wir sie höflicherweise nennen wollen.

Wer die ganze Entartung, zu der unsre Parteiwirtschaft gediehen ist, nicht kannte, der konnte eigentlich seinen Augen nicht trauen, wenn er schwarz auf weiß gedruckt las, daß unter den durch die Mehrheitsparteien formulierten, in der Budgetkommission an die Regierungsvertreter zu richtenden Fragen die folgenden waren:

„13. In welcher Weise gedenken die verbündeten Regierungen den Nachteilen zu begegnen, welche aus der Verstärkung der Flotte für die Landwirtschaft zu befürchten sind?“

„14. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der Landwirtschaft: a) eine Maximalpräsenziffer, für Heer und Flotte zusammen berechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der zu beiden Zwecken auszuhebenden Mannschaften auf ein erträgliches Maß beschränkt? b) Für eine Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?“

Schamlos, nackt und öffentlich wird hier der sogenannte „Kuhhandel“ eingeleitet. Unhöfliche Leute könnten in Anbetracht der Notlage des Reichs von Erpressung reden. Aber so etwas ist nichts überraschendes, nichts neues mehr. Wir wollen hier nur darauf als auf ein Symptom dafür hinweisen, wie weit wir in der Art, solche Fragen wie die Flottenfrage zu behandeln, schon gekommen sind. Auch auf die Forderung erhöhter Agrarzölle wollen wir nicht weiter eingehen. Diese Frage ist wiederholt in den Grenzboten besprochen worden,

und es genügt, darauf zu verweisen. Dagegen ist die Behauptung, daß aus der Verstärkung der Flotte sogar Nachteile für die Landwirtschaft zu befürchten seien, denn doch, wenigstens an solcher Stelle, überraschend neu. Es erscheint uns geradezu unerhört, wenn in dieser Weise in die Masse der deutschen Landwirte etwas so absolut Unerwiesenes, Unerweisbares, objektiv Unwahres hinausgerufen wird. Nicht nur damit also will man sich begnügen, daß man unsern Bauern sagt, die für des Vaterlands Wohl und Bestand so unerläßlich und so dringend nötige Flottenvermehrung geschähe nur zum Vorteile der sogenannten „Seeinteressenten,“ sondern es soll ihnen auch noch die Ansicht beigebracht werden, sie gereiche ihnen selbst zum Nachteil. Wie könnte man sich bei einer so ausgesprochen agitatorischen Behandlung der Sache noch wundern, wenn den verbündeten Regierungen endlich ernstliche Zweifel an dem guten Willen der Reichstagsmehrheit in der Flottenfrage und an der Möglichkeit aufstießen, mit ihr überhaupt weiter zu des Reiches Besten arbeiten zu können. Diese Behandlung einer so ersten großen Sache kommt schon der Stufe der demokratischen und sozialdemokratischen Vaterlandsliebe unheimlich nahe, und die Forderung der Maximalpräsenzzahl für Heer und Flotte vervollständigt diesen Eindruck. Man muß entschieden verlangen, daß die ausschlaggebende Mehrheit im Reichstag mit dieser verhängnisvollen Politik, in die sich die Parteien schon zu tief verrannt haben, energisch bricht. Losgelöst von dem Banne der Partei würden die einzelnen diese Mehrheit bildenden Männer wohl fast ohne Ausnahme die Unerträglichkeit und Verwerflichkeit einer solchen Politik anerkennen. Aber die Partei beherrscht die Einzelnen ganz und gar, der Partei bringt der Einzelne alles zum Opfer, sogar Vernunft, Vaterlandsliebe und politische Ehrlichkeit.

ß



Die deutsche Weltpolitik

Von Hans Wagner (Charlottenburg)

5



ie Expansionspolitik, die alle modernen Völker treiben, hat die Reibungsflächen zwischen ihnen so vermehrt, daß die Gefahr von ersten Konflikten dauernd geworden ist: wenn sie noch nicht zum Ausbruch gekommen sind, so liegt das weniger an der Gelegenheit, als an der Erkenntnis, daß bei der gegenwärtigen Weltlage ein solches Unternehmen, wie es der Krieg mit einer modernen Weltmacht ist, kaum die Spezen tragen dürfte. Zumal jetzt, wo die Kontinentalpolitik auf der ganzen Linie zur Weltpolitik überzugehn im Begriff ist, und neu auftauchende Staatengebilde die alten Freundschaften zu neuen Erklärungen